

Bildungspolitik zur Fastenzeit: Von Inklusion bis Migration

BLLV-Diskussion – Thomas Gehring (Grüne) stellte sich den Oberallgäuer Lehrkräften

Ein Gespräch mit dem Lehrer statt Zwischenzeugnis: Was seit diesem Schuljahr für die ersten bis dritten Klassen in Bayern möglich ist, wird in der Region offensichtlich noch nicht oft praktiziert. Das ergab eine Blitzumfrage unter den Lehrern, die sich zur Fastenzeitveranstaltung des Kreisverbands des Bayerischen Lehrerund Lehrerinnenverbands (BLLV) eingefunden hatten. Marion Arnold, Leiterin der Grundschule Rieden in Sonthofen, sprach von einer „guten Sache“, die aber so schnell nicht hätte umgesetzt werden können.

Auch die schwäbische BLLV-Bezirksvorsitzende Gertrud Nigg-Klee sprach von einem „falschen Zeitpunkt“: Die Lehrer seien nicht vorbereitet gewesen. Einige Kollegen hätten auch über die

zusätzliche Arbeit geklagt. Da musste Marcus Sengenberger, Leiter der Mittelschule Blaichach, widersprechen: Ob nun das Zwischenzeugnis geschrieben oder das Lernentwicklungsgespräch vor- und nachbereitet werde, hielte sich die Waage. An seiner Schule sei das Gespräch in der zweiten Klasse verwirklicht worden. Die Resonanz sei positiv bei Schülern, Eltern und Lehrern.

Ein weiteres Thema betraf die Betreuung von jungen Asylbewerbern in der Schule. Thomas Gehring aus Gunzesried, der als bildungspolitischer Sprecher der Grünen im Landtag eingeladen war, klagte, dass es in diesem Bereich keine gesicherte Finanzierung gebe. Dabei handele es sich um eine „Daueraufgabe“.



Und das Interesse an Bildung sei bei den Flüchtlingen sehr hoch. In Sonthofen, so Reinhard Gogl, Leiter der Mittelschule, würden Flüchtlingskinder überwiegend von ehrenamtlichen Helfern betreut. Es sei ein „absoluter Witz“, dass von staatlicher Seite keine große Hilfe komme.



Ein weiteres Problem laut Gogl: Es kämen zum Teil „wahnsinnig intelligente“ Kinder, und er könne nicht verstehen, warum sich nur die Mittelschulen dieser Schüler annehmen sollen. Man müsse Realschulen und Gymnasien verstärkt in die Pflicht nehmen, um die Kinder qualitativ gerecht zu betreuen.

Die Inklusion beschäftigte die Lehrer ebenfalls. Sie sei „begeistert“ davon, wie sich die „I-Kinder“ in die Arbeit „reinwerfen“, meinte Gabriele Frodl von der Albert-Schweitzer-Schule in Sonthofen. Wichtig seien aber kleinere Klassen, eine individuelle Betreuung und eine pädagogische Benotung. Denn mit dem klassischen Notensystem blieben Kinder, die Unterstützung brauchten, „auf der Strecke“. Thomas Gehring verwies auf einen interfraktionellen Arbeitskreis, dem er auch angehöre: Dort überlege man derzeit,

wie man das Notensystem weiter entwickeln könne, um eine individuelle Beurteilung zu erreichen.

Deutliche Worte fand Wolfgang Knoll, ehemaliger Schulleiter der Mittelschule Immenstadt: Inklusion sei ein „Feigenblatt“, es komme nichts Konkretes, Effektives dabei heraus. Die derzeitige Situation werde keinem Kind gerecht. Schließlich sollten die Kinder nicht „aufbewahrt“, sondern in menschenwürdiger Weise in die Klasse aufgenommen werden. Wenn man Inklusion wirklich ernst meine, brauche man einen Masterplan, sekundierte Sedlmair.

Unbehagen bereitet den Oberallgäuer Lehrern auch die Situation der Schulen an den Grenzen zu Baden-Württemberg wie etwa in Oberstaufen, Lindenberg oder Weitnau. So würden die Gemeinschaftsschulen jenseits der

Grenze viele bayerische Schüler anziehen, stellte Gehring fest. Zumindest dort werde Bayern irgendwann ebenfalls den Weg der Gemeinschaftsschule gehen müssen.

In Weitnau und in allen Grund- und Mittelschulen entlang der bayerischen Grenze zu Baden-Württemberg, so Vorstandsmitglied des Kreisverbands, Matthias Mayer, finde nach der vierten Klasse ein wahrer „Exodus“ statt: „Alle laufen bei uns nach der vierten Klasse nach Isny.“ Seit die Übertrittsbedingungen in Baden-Württemberg abgeschafft und der Elternentscheid eingeführt wurde, müsse jedes Kind – egal ob geeignet oder nicht - in die württembergische Realschule oder Gymnasium. Für Weitnau bedeute dies jährlich eine ganze Klasse., die abwandere.